

BD / Motion CVP-Fraktion vom 26. September 2011

Zeitgemässes Raumplanungsrecht für die Energieherstellung

Antrag der Regierung vom 2. November 2011

Nichteintreten.

Begründung:

Die Regierung unterstützt grundsätzlich das Anliegen der Motionärin.

Der Abbau administrativer Hürden für alternative Produktionsanlagen zur Gewinnung von Energie steht aktuell auf Bundesebene zur Diskussion. Im Rahmen der laufenden Energiedebatte wurden dazu mehrere Vorstösse eingereicht. Die Regierung wird sich gegenüber den St.Galler Mitgliedern der Bundesversammlung mit Blick auf die Behandlung dieser Vorstösse zugunsten der Anliegen der Motionärin einsetzen.

Auf kantonaler Ebene wird im Rahmen der laufenden Totalrevision des Baugesetzes auch das Raumplanungsrecht überarbeitet. Die mit der Totalrevision verfolgten Hauptziele sehen generell eine Vereinfachung der Planungsverfahren vor. Konkret wird in diesem Zusammenhang auch ausgeleuchtet, wie die Planung von Anlagen für die Energieherstellung im Raumplanungsrecht erleichtert werden kann. Hinsichtlich dem für die Anliegen der Motionärin zentralen Bauen ausserhalb der Bauzone ist jedoch bereits an dieser Stelle ausdrücklich zu unterstreichen, dass diese Vorschriften grösstenteils durch das Bundesrecht vorgegeben werden und der Handlungsspielraum der Kantone entsprechend eng beschränkt ist.